



## Pressemitteilung

aus Anlass der Demonstration „zum globalen Aktionstag für die Rechte von Migranten, Geflüchteten und Vertriebenen – die Proteste von Berlin nach Europa tragen!“ (am 18.12.2012 um 17.00Uhr vom Roten Rathaus zum EU-Haus)

### **Die berechtigten Forderungen des Flüchtlingscamps ´Oranienplatz müssen in Deutschland und der EU umgesetzt werden, um weitere „Lampedusa-Tragödien“ zu verhindern**

Unsere Stiftung unterstützt die Aktivitäten der Flüchtlinge des Flüchtlingscamps Oranienplatz in Berlin zum internationalen Welttag der Wanderarbeiter und Flüchtlinge.

Auch wenn die Berliner Massenmedien melden, Innensenator Henkel habe sein Ultimatum zur Räumung des Flüchtlingscamps Oranienplatz zurückgezogen – wohl unter dem Druck der positiven Beschlüsse der Kreuzberger BVV (Bezirksverordnetenversammlung) und der jüngsten Meldungen, wonach die Mehrheit der Berliner Bevölkerung die Räumung ablehnt: das Thema ist nicht vom Tisch und soll am 07. Januar 2014 im Senat behandelt werden. Wir bekräftigen daher unsere Unterstützung der berechtigten Forderungen.

Dazu Eberhard Schultz, Vorsitzender unserer Stiftung: *„Wir trauern um die Toten in Lampedusa und bewundern und unterstützen den Mut und die Ausdauer der Flüchtlinge, die im Flüchtlingscamp am Oranienplatz ausharren und ihre vielfältigen Protestaktionen jetzt von Berlin nach Brüssel tragen wollen. Zu Recht verlangen sie mehr als humanitäre Hilfe und Stellvertreter-Politik: die Durchsetzung der längst festgeschriebenen sozialen und kulturellen Rechte, insbesondere die Aufhebung des Arbeitsverbotes und der Residenzpflicht, d.h. eine angemessene frei gewählte Unterkunft sowie Bildung durch Teilnahme am Schulunterricht usw.“*

Als gemeinnützige Stiftung, die sich für die sozialen Menschenrechte und Partizipation einsetzt, unterstützen wir das Berliner Flüchtlingscamp / Protestcamp – wie schon in der Vergangenheit auch mit Spenden -, da es sich bei den Forderungen des Camps um wichtige Anliegen auch unserer Stiftung handelt. Aktuell versuchen wir, mit unserer Kampagne für die längst fällige Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN Sozialpakt durch die neue Bundesregierung dieses Anliegen voranzubringen.

Die Versprechen der Großen Koalition (GroKo), jetzt als Konsequenz aus der „Tragödie von Lampedusa“ mehr für die Menschen und gegen das Schleppertum zu tun, greifen aber zu kurz – für die Katastrophe verantwortlich ist zunächst die Abschottung der Festung Europa durch eine inhumane Asylpolitik, die nach außen mithilfe von Frontex und Dublin II, nach innen mit repressiven Vorschriften wie Arbeitsverbot, Residenzpflicht und Unterbringung in Flüchtlingsnotunterkünften gnadenlos „gesichert“ wird – gerade das soll laut Koalitionsvertrag in der GroKo offensichtlich fortgesetzt werden. Deshalb ist es nur konsequent, wenn die Flüchtlingsproteste sich dagegen richten und ihren Widerstand von Berlin nach Brüssel tragen wollen.

Berlin, den 18.12. 2013